

WOZ DIE WOCHENZEITUNG



10. Juni 2010 Nr. 23 30. Jahrgang CHF 6.- inkl. MwSt.
AZA 8031 Zürich, PP/Journal, CH-8031 Zürich

Redaktion und Verlag: WOZ Die Wochenzeitung, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich
Tel. 044 448 14 14 Fax 044 448 14 15 woz@woz.ch www.woz.ch
Aboservice: 044 448 14 44 abo@woz.ch



VORMARSCH GESTOPPT?
Trotz aggressiven Wahlkampfes wird die SVP in Graubünden die BDP kaum gefährden.
3 SCHWEIZ

MARTIN R. DEAN
Der Schriftsteller fordert ein Bild der Schweiz, das alle einschliesst.
15 KULTUR

TOTALE ERINNERUNG
Google weiss mehr über Sie, als Sie schon vergessen haben.
21 WISSEN



FUSSBALL-WM Das Beispiel von Nationalmannschaftssponsor Credit Suisse zeigt, wie wenig die Apartheidunterstützung der Schweiz im öffentlichen Bewusstsein vorhanden ist.

Ein Team. Eine Bank.

Von Kaspar Surber

So heisst der Werbeslogan der Credit Suisse zur Fussball-WM: «Ein Land. Ein Team. Eine Bank.» Im Vorfeld der WM wurden 10 000 Natitrikots verlost – mit dem CS-Logo drauf. In den Stadien der «Fifa-Fussball-Weltmeisterschaft Südafrika 2010(tm)» wird Leichenwerbung zwar verboten sein. Dafür wird die CS als einer von drei Sponsoren die Übertragungen am Schweizer Fernsehen präsentieren.

Die Credit Suisse, ehemals Kreditanstalt, ist seit 1993 Hauptsponsorin des Schweizerischen Fussballverbandes. Das Unternehmen war allerdings auch, um es mit Mascha Madörin zu sagen, eines der «Helfer der Apartheid». In ihrem gleichnamigen Buch schreibt die

Ökonomin: «Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatten die Schweizer Grossbanken die Federführung und setzten ihre Interessen gegenüber allen Einwänden durch.»

Aktensperre bis heute

2005 ist der Schlussbericht eines Nationalfondsprojekts zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika erschienen. Geleitet hatte es der Historiker Georg Kreis. In den Folgerungen heisst es klipp und klar: «Dass sich die Schweiz der Sanktionsbewegung nicht anschloss, insbesondere wegen des Kapitalexportes und der Abnahme des südafrikanischen Goldexportes, hatte den Apartheidstaat mit seinen kredithungrigen Staatsbetrieben und seinen hohen Staatsausgaben gestützt und gestärkt und somit begünstigt.» Die Einrichtung eines Goldpools in Zürich, die Umgehung einer Kapitalexportbeschränkung sowie eine Umschuldungsmission durch den ehemaligen Nationalbankchef Fritz Leutwiler – all dies geschah auf Betreiben der drei damaligen Grossbanken Bankgesellschaft, Bankverein und eben Kreditanstalt. Was sagt die Credit Suisse heute zu ihren Verstrickungen? «Der Credit Suisse Group eine Mitverantwortung für die Ungerechtigkeiten der Apartheid zuzuweisen, entbehrt jeder Grundlage und wird von den Fakten in keiner Weise gestützt. Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem Vorgehen der Apartheidregierung gegen die schwarze Bevölkerung Südafrikas und

der Geschäftstätigkeit der Credit Suisse Group in Südafrika.»

Nun entbehrt diese Antwort zumindest einer Grundlage, nämlich des Zitats von Kreis. Dass sie im Jahr 2010 so gegeben werden kann, zeigt: Wohl ist die Apartheidgeschichte in den letzten Jahren ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Weit weniger ist es aber die Schweizer Beteiligung. Und das hat wieder direkt

Zwischen der Selbstwahrnehmung der Schweiz und der Wirklichkeit klafft eine grosse Lücke.

mit den Banken zu tun: 2002 wurden in den USA 23 Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid angeklagt, darunter auch die CS und die UBS. Just als das Nationalfondsprojekt begann. Auf Druck «interessierter Kreise der Wirtschaft» verhängte der Bundesrat 2003 eine bis heute gültige Aktensperre. Damit war die Forschung stark eingeschränkt. Zum Finanzplatz «fehlen die wichtigen dreissig Jahre von 1960 bis 1990».

Im April 2009 liess eine New Yorker RichterIn gegen fünf Konzerne Klagen zu: Daimler, Ford, General Motors,

Rheinmetall, zu der die einstige Rüstungssparte von Oerlikon-Bührle gehört, sowie IBM. «Mangels Unterlagen konnte den Banken keine direkte Unterstützung von Verbrechen im Apartheidsystem nachgewiesen werden», sagt Barbara Müller von der Kampagne für Entwicklung und Entschuldung im südlichen Afrika.

In der Hälfte abgeblockt – das ist die Bilanz der Forschung zu den Schweizer Beiträgen an die Apartheid. Anders in Deutschland: Dort läuft vor der WM eine Kampagne gegen Daimler, den Sponsor des Nationalteams. «Der Spiegel» widmete ihr eine mehrseitige Reportage.

Multikulti auf dem Fussballplatz

Man mag einwenden: Die Schweiz hat sich in den letzten zwanzig Jahren stark verändert. Wozu die Beschäftigung mit der alten Geschichte?

Tatsächlich heissen die Natspieler nicht mehr Egli oder Sutter, sondern Derdiyok oder Shaqiri. Zumindest auf dem Fussballplatz, wo die geschossenen Tore mehr zählen als die soziale Herkunft, ist die Schweiz zur multikulturellen Gesellschaft geworden. Aber sonst? Zwischen Wirklichkeit und Wahrnehmung klafft mit Burkapara- noia und Ausschaffungswahn eine beträchtliche Lücke. Vielleicht hat sie mit dieser unbewältigten Geschichte zu tun, die vom Überlegenheitsdenken berichtet. Und von der nicht nur die Credit Suisse nichts mehr wissen will, weil sie ja sowieso nicht dabei war. ♦

PUK

Deutliches Signal

Mit 123 zu 57 Stimmen hat sich der Nationalrat am Mittwoch deutlich für eine PUK zur Finanzkrise ausgesprochen. In der Debatte wurden Fragen über Fragen gestellt: zur Abhängigkeit von Bundesrat und Finma von der UBS sowie zu den politischen Druckversuchen der Grossbank. Der GPK-Bericht hat diese Fragen nicht beantwortet oder sie über-

WAS MACHT DIE CVP?

Parteispitze für PUK
→ Seite 2

haupt erst aufgeworfen. Verschiedene RednerInnen forderten einen demokratischen Aufbruch. Nun liegt es am Ständerat, diesen mitzutragen. Entscheidend kommt es dabei auf die CVP an. Sagt der Ständerat am Montag Nein, dann verhindert er eine PUK. *ks*

DEUTSCHLAND

Kahlschlag

Das am Montag von der Deutschen Bundesregierung vorgestellte «Sparpaket» in der Höhe von achtzig Milliarden Euro ist in erster Linie ein radikales Streichkonzert im Sozialbereich. Hartz-IV-EmpfängerInnen mit Kindern müssen auf monatlich 300 Euro Elterngeld verzichten, das nur noch Berufstätigen zustehen soll. Arbeitslose werden nur noch nach Gutdünken einer Amtsstelle bestimmte Leistungen erhalten. Die «Süddeutsche Zeitung» sieht bereits den Beginn der

EU-SPARWUT

Zorn und Angst in Irland
→ Seiten 10-11

Umwandlung «des Sozialstaates in einen Almosenstaat». Den deutschen Kommunen werden darüber hinaus weitere Aufgaben aufgebürdet, obwohl viele von ihnen schon jetzt hoffnungslos überschuldet sind. Steuererhöhungen für die Reichen sind dagegen im «Sparpaket» nicht vorgesehen. Und die neuen Abgaben verschiedener Wirtschaftszweige sind womöglich nicht viel mehr als «Luftbuchungen», wie es die oppositionelle SPD nennt. Noch ist unklar, wie viel vom Paket am Ende umgesetzt werden kann. Die Opposition, Gewerkschaften und Sozialverbände haben Widerstand angekündigt. Und selbst innerhalb der regierenden CDU gibt es Stimmen, die die Kürzungspläne als «unsozial» bezeichnen. *ds*

MEHR ALS FUSSBALL

Die Fouls von Blatter, Merz und den Grossbanken
→ Seiten 4, 5

Robben Island: Die Fussball- liga von der Gefängnisinsel
→ Seite 13

Durch den Monat mit Fifa- Kritiker Andrew Jennings
→ Seite 14

Dürfen Linke Fussball lieben?
→ Seite 24

LE MONDE diplomatique

IN DIESER AUSGABE

Dreck am Ball Die Geschäfte der Fifa und wie man Stimmen kauft.

Die Welt von Japan aus gesehen Mikado-Politik im Land der aufgehenden Sonne.

SCHWEIZ

APARTHEIDVERGANGENHEIT Die Auseinandersetzung um Südafrika sei der Schweizer «Entkolonialisierungsprozess», sagt die Ethnologin und Aktivistin Barbara Müller. Wegen einer Aktensperre bleibt er blockiert.

Doppelt unerledigte Geschäfte

Interview: Kaspar Surber

WOZ: Im Zusammenhang mit der Apartheidvergangenheit Südafrikas ist oft von einem «Unfinished Business» die Rede. Was ist unter diesen unerledigten Geschäften zu verstehen?

Barbara Müller: Der Begriff wurde in Südafrika selbst geprägt, vom Journalisten Terry Bell und dem Chefmittler der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Dumisa Ntsebeza. Die beiden kritisierten in einem Buch, dass die Forderungen nach Wiedergutmachung durch die Versöhnungskommission nicht erfüllt sind, und die Strukturen der Apartheid fortwirken. In einer ersten Phase des neuen Südafrika hatte Präsident Thabo Mbeki, unter politischem und wirtschaftlichem Druck ausländischer Investoren, auch aus der Schweiz, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen.

Welche Strukturen der Apartheid wirken fort?

Beispielsweise die räumliche Separation zwischen Schwarzen und Weissen, die heute eine Trennung von Arm und Reich ist. Wir haben Ende Mai im Romero-Haus in Luzern eine Tagung mit zahlreichen jungen Akademikerinnen und Aktivisten auch aus Südafrika durchgeführt. Sie haben prononciert auf das Thema Armut hingewiesen: Bis 2014 sollten dreissig Prozent des Landesbesitzes neu verteilt werden. Bisher sind davon erst fünf Prozent verteilt worden.

Wie steht es mit der Schweizer Unterstützung des Apartheidregimes? Ist auch dieses Geschäft unerledigt?

Ich würde sogar sagen, es sei doppelt «unfinished»: Die Geschichte ist nicht fertig aufgearbeitet, und sie wurde trotz der skandalösen Forschungsergebnisse nicht offiziell kommentiert. Zwar wurden die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika von 1948 bis 1994 in einem Nationalfondsprojekt untersucht. Doch wegen einer Aktensperre reicht der Bericht kaum über die siebziger Jahre hinaus. Der Bundesrat hat den Bericht an zwei Sitzungen diskutiert, er wollte aber keine Stellungnahme dazu abgeben.

Das war 2005, als die Apartheidfreunde Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz zusammen im Bundesrat sassen.

Herr Blocher und Herr Merz wollten vom Bericht sicher nichts wissen: Blocher war Gründungspräsident der apartheidfreundlichen Lobby-Gruppe «Südlisches Afrika», Merz führte als Wirtschaftsberater zahlreiche Mandate in der Apartheidzeit aus. Deswegen wurde er 2002 nicht FDP-Präsident. Offenbar gab es damals einen kurzen Zeitraum, in dem solche Beziehungen skandalisierbar waren. Ein Jahr später wurde er zum Bundesrat gewählt.

Wie kam es zur Aktensperre?



Die Schweizer Wirtschaft als Akteurin des «globalen kolonialen Projekts»: Protest gegen Bankgeschäfte mit Apartheid-Südafrika vor dem Hauptsitz der damaligen Kreditanstalt, Zürich 1988.

Die Opferorganisation Khulumani, die 58 000 Mitglieder umfasst, hat im Jahr 2002 Klagen gegen 23 Konzerne angestrengt, die sich in der Apartheidzeit Menschenrechtsverletzungen schuldig machten, darunter auch die Vorgängerbanken der jetzigen Credit Suisse und der UBS. Auf Druck der Grossbanken

«Mit der Einführung der Apartheid 1948 konnte die Schweiz ihren Aussenhandel ausdehnen.»

wurden 2003 die Akten, die Südafrika betreffen, im Bundesarchiv gesperrt – mitten in der laufenden Forschungsarbeit, damit keine Beweise gefunden werden konnten. Die Finanzinstitute wurden mittlerweile von den Klagen ausgenommen, weil ihnen Menschenrechtsverletzungen schwieriger direkt nachzuweisen sind als beispielsweise einem Autobauer wie Daimler Chrysler, der dem Regime Truppentranspor-

ter lieferte. Die Akten im Bundesarchiv sind trotzdem weiter gesperrt.

Auch wenn die Geschichte nicht fertig aufgearbeitet ist – welches waren die wichtigsten Unterstützungsleistungen an das Apartheidregime?

Wirtschaftlich ist sicher die Einrichtung eines Goldpools 1968 in Zürich zu erwähnen: In Spitzenzeiten liefen achtzig Prozent des südafrikanischen Goldhandels über die Schweizer Grossbanken. Man muss von einer engen Freundschaft, einer eigentlichen Komplizenschaft reden: Weil die internationalen Boykotte gegen das Regime zunahmen, wurde die Kategorie «Schweiz» aus den Statistiken der südafrikanischen Nationalbank gestrichen. Dies auf Antrag der hiesigen Grossbanken. Die grösseren Industriebetriebe waren alle in Südafrika tätig. Auch im militärischen und wissenschaftlichen Bereich gab es zahlreiche Kooperationen, etwa mit Waffenlieferungen und in der Nukleartechnik.

Wie ist diese Komplizenschaft entstanden?

Mit der Einführung der Apartheid 1948 bot sich der Schweiz die Gelegenheit, ihren Aussenhandel auszudehnen: Wegen der Machtergreifung der burischen Nationalpartei zogen sich die britischen Firmen zurück. Und im Commonwealth

BARBARA MÜLLER



Barbara Müller (60) ist Koordinatorin der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (Keesa) und war eine der ForscherInnen im Nationalfondsprojekt Schweiz-Südafrika. Die Keesa ist eine Koalition von NGO und kirchlichen Organisationen und kämpft für die Aufarbeitung der Beziehungen der Schweizer Politik und Wirtschaft zum Apartheidregime. Sie unterstützt Khulumani, die südafrikanische Organisation der Apartheidopfer, in ihren Forderungen nach Entschädigung und Anerkennung.

sties die Rassentrennung zunehmend auf Kritik. Die Schweiz hatte die Buren schon im Krieg gegen die Briten im 19. Jahrhundert mit Geldsammlungen unterstützt: Offenbar sah man Gemeinsamkeiten in der kleinstaatlichen, traditionsbewussten Mentalität. Später nahmen südafrikanische Militärs bei uns auch an Waffenläufen teil.

Sie haben selbst am Nationalfondsprojekt mitgearbeitet und sind dabei zum Schluss gekommen, dass es nicht nur wirtschaftliche und militärische Verbindungen zum Apartheidregime gab, sondern auch ideologische.

In den Berichten der Botschafter zeigt sich, dass sie sich ausschliesslich auf die offizielle Politik konzentrierten und keinen Kontakt hatten zur schwarzen Bevölkerung. Südafrika wurde, sicher bis in die sechziger Jahre, als «Bastion des weissen Mannes» wahrgenommen. Die Schweizer Diplomatie unterstützte paternalistische Konzepte: Dass die Schwarzen noch nicht reif genug seien und erst an die Demokratie herangeführt werden müssten. Die Schweiz hat sich nie hinter die Forderung «ein Mensch – eine Stimme» gestellt. Letztlich wurde die Auseinandersetzung um das Verhältnis der Schweiz zum Apartheidstaat Südafrika zu unserem «Entkolonialisierungsprozess»: Zu keinem aussenpolitischen Thema gab es im Parlament so viele Vorstösse, auch die Kirchen waren heftig zerstritten.

Südafrika als Schweizer Kolonie?

Die Schweiz hat sich auf jeden Fall am globalen kolonialen Projekt beteiligt, wirtschaftlich wie mental. Darüber hinaus war Südafrika das gelobte Land, zur Auswanderung und dem Tourismus. Erst die Auseinandersetzung um die Apartheid hat die Schweiz gezwungen, sich grundlegenden Fragen beispielsweise des Völkerrechts zu stellen und einen neuen Platz in der Welt zu suchen. Das zeigt sich etwa in jüngeren Verlautbarungen des Auswärtigen Amtes, wenn von «unseren Erfahrungen» mit Menschenrechtsverletzungen die Rede ist: Gemeint damit sind der Holocaust und die Apartheid.

Vom Verschwinden des Goldes aus der Statistik bis zur Sperre der Akten – kann man von einer Kontinuität der Vertuschung und Verdrängung sprechen?

Ganz bestimmt. Sicher ist in der Aufarbeitung vieles passiert. Aber noch ist der «Entkolonialisierungsprozess» nicht abgeschlossen. Das Überlegenheitsdenken ist auch regelmässig in den fremdenfeindlichen Diskussionen spürbar.

Literaturtipps: MASCHA MADÖRIN: «Helfer der Apartheid oder Verlässliche Freunde». Wie die Schweizer Banken das südafrikanische Apartheid-Regime stützten. edition 8. Zürich 2008. 144 Seiten, 22 Franken.

AKW-NEUBAUTEN

Schnelle Meinung gefragt

Jetzt muss sich die Regierung des Kantons Bern – gegen ihren Willen – für den Bau eines neuen AKW Mühleberg II aussprechen. Dies hat Anfang Woche der Berner Grosse Rat entschieden und zwingt damit den Regierungsrat, künftig gegen seine eigene Energiestrategie zu argumentieren, in der steht: «Die Kernenergie ist für den Regierungsrat keine Option für eine zukunftsfähige Energiepolitik.»

Die AKW-Lobby ist im Berner Kantonsparlament stark präsent, sitzt doch unter anderem auch der Pressesprecher der BKW FMB Energie AG – die Mühleberg II bauen möchte – als FDP-Vertreter im Rat.

Voraussichtlich dürfte es im Februar zu einer ersten kantonalen Abstimmung kommen, an der die Berner Bevölkerung sich zum AKW-Projekt äussern kann. Ähnliche Abstimmungen sind auch in anderen Kantonen geplant. So unterstehen die kantonalen

Stellungnahmen zu den AKW-Bewilligungsgesuchen in den Kantonen Waadt und Jura gar dem obligatorischen Referendum.

Aktuell können sich noch alle an der Vernehmlassung zum Richtplanverfahren Ersatzkraftwerk Beznau beteiligen. Das Richtplanverfahren beschäftigt sich mit «raumplanerischen und sozioökonomischen Fragen», die der AKW-Neubau aufwirft – nicht aber mit sicherheitstechnischen Fragen.

An der Vernehmlassung dürfen sich alle, also nicht nur Aargauerinnen und Aargauer beteiligen. Man sollte dies allerdings schleunigst tun, da die Vernehmlassung nur noch bis am kommenden Montag, den 14. Juni, läuft. Es ist jedoch einfach und braucht wenig Zeit, da man sich online äussern kann (entweder über www.nein-zu-neuen-akw.ch oder direkt auf der Website des Kantons Aargau unter www.tinyurl.com/akw-beznau. sb

STANDPUNKT Die UBS hat erstmals die Erklärung von Bern empfangen

Villigers Charmeoffensive

Am Mittwoch empfing die UBS eine Delegation der entwicklungs politischen Organisation Erklärung von Bern EvB. Oliver Classen, Mediensprecher der EvB, fragt sich, was dahinterstecken könnte.

Der Exchefredaktor des «Tages-Anzeigers» wird neuer Sprecher von UBS Schweiz: In Journalistenkreisen sorgte diese Meldung Ende Mai für mehr oder minder amüsiertes Kopfschütteln, bei vielen Nichtregierungsorganisationen (NGO) hingegen für blankes Entsetzen. Schlimm genug, dass sich der renommierte Exschriftleiter eines linksliberalen Leitmediums als Konzernkommunikator schamlos vergolden lässt. Warum aber wechselt Peter Hartmeier ausgerechnet zur UBS, wo er als Oswald Grübels Bauchrednerpuppe – vom Monetären abgesehen – nur verlieren kann?

Die Erklärung von Bern (EvB) als Schweizer UBS-Watchdog kann die-

sem Seitenwechsel jedoch auch eine positive Seite abgewinnen. Grund dafür ist eine kurz vor den Hartmeier-News bei uns eingegangene Mail, in der wir vom Chef der Nachhaltigkeitsabteilung offiziell zu einem «Gedankenaustausch» mit Kaspar Villiger eingeladen wurden. Was für Aussenstehende unspektakulär klingt (schliesslich reden NGO regelmässig mit Wirtschaftsvertretern), ist tatsächlich bahnbrechend. Denn erstmals überhaupt hat die notorisch unzugängliche UBS gestern ihre hierzulande wohl frühesten, sicher aber hartnäckigsten KritikerInnen empfangen.

Seit 2001 werden die Schweizer Grossbanken von der EvB mit den Auswirkungen ihrer Geschäftspraktiken auf Umwelt und Menschenrechte konfrontiert. Ob die Audienz beim VR-Präsident bloss Teil einer Charmeoffensive ist – für die Hartmeier freilich ein brillanter Botschafter wäre – oder ob sich

beim viel gescholtenen Elefanten von der Bahnhofstrasse nicht doch ein Sinneswandel vollzieht, bleibt abzuwarten. Diese erste kommunikative Öffnung lässt Letzteres zumindest hoffen. Mal sehen, ob Villigers UBS im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ähnlich lernfähig ist, wie sie es in anderen Bereichen zu sein vorgibt.

Auslöser des unerwarteten Gesprächsangebots war die aktuelle EvB-Untersuchung der finanziellen Verbindungen von UBS und Credit Suisse (CS) zu Firmen, die in Kontroversen um gravierende Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Auf diese neue Kampagne hat die gegenüber NGO-Argumenten sonst aufgeschlossener CS bislang nicht reagiert. Auf öffentlichen Druck war die CS 2008 immerhin aus der Finanzierung einer giftigen Goldmine in Indonesien ausgestiegen. Die UBS hat also noch einigen Nachholbedarf.

Oliver Classen